

Bericht der Sommersession 2017

Eidgenössische Räte bleiben zurückhaltend gegenüber der Gentechnik

In der Sommersession befasste sich der Ständerat abschliessend mit der Änderung des Gentechnikgesetzes. Dabei schloss er die Tür für Freisetzungsvorversuche von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Forschung. Ausserdem behandelte das Parlament verschiedene Vorstösse zu den Rahmenbedingungen für Start-ups in der Schweiz. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier diskutierten insbesondere eine vereinfachte Vergabe von Visa für Gründer von Start-ups sowie steuerliche Erleichterungen für junge, innovative Unternehmen. Die Vorstösse hatten das Ziel, die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz weiter zu verbessern.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Keine Freisetzung von GVO in der Forschung

Während der Sommersession bereinigten die eidgenössischen Räte die letzte Differenz bezüglich der Änderung des Gentechnikgesetzes (**16.056**). Das Parlament hält an der Bestimmung fest, wonach Freisetzungsvorversuche mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) mit Antibiotika-Resistenzgenen in der Forschung verboten bleiben. Der Ständerat unterstützte in der Frühjahrssession eine Lockerung dieses Verbots zugunsten der Forschung, während sich der Nationalrat gegen eine Aufhebung des Verbots aussprach. Der Ständerat schloss sich schliesslich mit 21 zu 20 Stimmen knapp

dem Entscheid der grossen Kammer an. Die Mehrheit des Ständerats ist der Ansicht, dass eine Liberalisierung mit unbekanntem Gesundheitsrisiken verbunden sei. Die Minderheit unterstützte die vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahme und argumentierte, den Forschungsplatz Schweiz mit dem Abbau dieser Beschränkung zu stärken.

Parlament bleibt zurückhaltend gegenüber GVO

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen für eine Liberalisierung im Umgang mit GVO vermochten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht zu überzeugen. Die Mehrheit will die geltenden Grenzen beibehalten. In der Wintersession 2016 und in der Frühjahrsession 2017 stimmten beide Räte für eine vierjährige Verlängerung des Anbau-Moratoriums für GVO in der Landwirtschaft. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Konzept für die Koexistenz von Anbauzonen mit und ohne GVO lehnte das Parlament ebenfalls ab.

- **Protokoll des Ständerats vom 7. Juni 2017**
- **Schlussabstimmung vom 16. Juni 2017**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

➤ ... im Ständerat eine Motion (**17.3071**) von Ständerat Ruedi Noser mit 20 zu 13 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss sollte eine neue Kategorie von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen einführen, die in der Schweiz ein Unternehmen gründen oder in ein in der Gründung begriffenes Unternehmen investieren wollen.

➤ ... im Nationalrat mit 107 zu 63 Stimmen einer Motion (**17.3259**) der Finanzkommission (FK-N) zugestimmt. Die Motion beauftragt den Bundesrat, der Bundesversammlung eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, um die stark gebundenen Ausgaben des Bundes um 5% bis 10% zu senken. Als nächstes wird sich der Ständerat mit dem Vorstoss befassen.

➤ ... im Nationalrat mit 122 zu 48 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Motion (17.3261) der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) angenommen. Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beantragt, eine international attraktive und wettbewerbsfähige steuerliche Behandlung von Start-ups und deren Mitarbeiterbeteiligungen auszuarbeiten. Nun wird der Ständerat über die Kommissionsmotion entscheiden.

➤ ... im Nationalrat einer Motion (15.3687) von Nationalrätin Ruth Humbel mit 134 zu 40 Stimmen bei 4 Enthaltungen Folge geleistet, welche vom Bundesrat verlangt, mögliche Alternativen zum geltenden Numerus clausus für die Zulassung zum Studium der Humanmedizin zu prüfen. Der Vorstoss schlägt ein Praktikum in einem Spital oder in einem Pflegeheim als Ersatz oder Ergänzung des Zulassungstests vor. Als Zweitrat wird der Ständerat über die Motion entscheiden.

➤ ... im Nationalrat einem Postulat (17.3106) von Nationalrat Marcel Dobler zugestimmt. Der Bundesrat soll prüfen, wie die Armee längerfristig den Kompetenzbedarf im Bereich der neuen Technologien befriedigen kann. Der mit dem Postulat in Auftrag gegebene Bericht muss insbesondere mögliche Zusammenarbeiten der Armee mit Institutionen der Bildung und der Wirtschaft beleuchten.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORTÖSSE

Umfassender Rechenschaftsbericht des Bundesrates über seine Verhandlungen bzw. sein Bemühen um Verhandlungen mit der Europäischen Union über die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative

➤ Motion (17.3017) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 27. Februar 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.

Erasmus plus auf dem Abstellgleis. Ein Eigenton für das Bildungsland Schweiz?

- Interpellation (17.3028) von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP).
Eingereicht am 27. Februar 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Arbeitslosenversicherung. Die unsichere Lage von Forschungsstipendiatinnen und -stipendiaten bekämpfen

- Postulat (17.3038) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 1. März 2017.
Der Bundesrat hat am 26. April 2017 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Zahnmedizin. Unsere Diplome respektieren

- Interpellation (17.3041) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).
Eingereicht am 1. März 2017.
Der Bundesrat hat am 24. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Umsetzung des neuen Schweizer Schulengesetzes

- Interpellation (17.3043) von Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP).
Eingereicht am 1. März 2017.
Der Bundesrat hat am 26. April 2017 darauf geantwortet.
-

Hochqualifizierten Flüchtlingen ein reguläres Studium ermöglichen

- Interpellation (17.3048) von Nationalrätin Claudia Friedl (SP).
Eingereicht am 2. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen Sie auch hier arbeiten können

- Motion (17.3067) von Nationalrat Marcel Dobler (FDP).
Eingereicht am 7. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Politisierung der Energieforschung?

- ↗ Interpellation (17.3062) von Nationalrat Hans-Ulrich Bigler (FDP).
Eingereicht am 6. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Ein attraktiver Forschungsplatz dank Start-up-Visa für Gründer

- ↗ Motion (17.3071) von Ständerat Ruedi Noser (FDP).
Eingereicht am 7. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Armee 2.0. Die Schweiz muss das Technologie-Know-how fördern und sichern

- ↗ Postulat (17.3106) von Nationalrat Marcel Dobler (FDP).
Eingereicht am 14. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Annahme des Postulats beantragt.
-

ETH-Rat. Strategische Ausrichtung

- ↗ Interpellation (17.3110) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP).
Eingereicht am 14. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Das Fachwissen der Forschungsanstalten der privaten Züchtungsbranche zugänglich machen

- ↗ Interpellation (17.3101) von Nationalrat Walter Müller (FDP).
Eingereicht am 13. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Biobanken. Ein gesetzlicher Rahmen zur Sicherung der biomedizinischen Forschung und des Patientenschutzes

- ↗ Motion (17.3170) von Nationalrätin Rebecca Ana Ruiz (SP).
Eingereicht am 16. März 2017.
Der Bundesrat hat am 2. Juni 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Dominanz des Englischen in der Wissenschaft. Warum werden unsere Landessprachen vernachlässigt?

- Interpellation (17.3161) von Ständerat Joachim Eder (FDP).
Eingereicht am 16. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Exzellenz und internationale Wettbewerbsfähigkeit der ETH Zürich und der ETH Lausanne

- Interpellation (17.3216) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 darauf geantwortet.
-

Stärkung des dualen Bildungssystems durch die Wiederherstellung der klaren Rollenabgrenzung zwischen universitären Hochschulen und Fachhochschulen gemäss HFKG

- Postulat (17.3234) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Für einen innovativen Forschungsstandort Schweiz. Bessere Förderung von Ersatzmethoden für Tierversuche

- Motion (17.3240) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 17. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Anpassung des Bildungswesens macht Robotisierung zur Chance für die Schweiz

- Postulat (17.3246) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Eine Politik der «Innovationspreise» erarbeiten. Neue Impulse für die Forschung und Fokussierung auf diejenigen Gebiete, die für die Schweiz vorrangig sind

- Interpellation (17.3252) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Stärkung des Start-up-Standorts. Wahlrecht für Unternehmer bei der ALV

- Motion (17.3326) von Nationalrätin Regine Sauter (FDP).
Eingereicht am 4. Mai 2017.

Nationalfonds-Gelder für Hanfkauf

- Anfrage (17.1029) von Nationalrat Mauro Tuena (SVP).
Eingereicht am 4. Mai 2017.

Cannabisversuche mit Nationalfondsgelder (Steuergelder)

- Interpellation (17.3289) von Nationalrätin Andrea Martina Geissbühler (SVP).
Eingereicht am 3. Mai 2017.

Erasmus+. Den Schweizer Weg bei der Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung ab 2018 klären

- Interpellation (17.3351) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 4. Mai 2017.

Erwerb einer zweiten Landessprache. Kredit für die Förderung des Austauschs zwischen den Sprachgemeinschaften

- Motion (17.3306) von Nationalrätin Géraldine Marchand-Balet (CVP).
Eingereicht am 4. Mai 2017.

Sprachenunterricht: den nationalen Zusammenhalt bewahren und die Verfassung respektieren

- Interpellation (17.3302) der Sozialdemokratischen Fraktion.
Eingereicht am 4. Mai 2017.
-

Einführung Finanzreferendum

- Parlamentarische Initiative (17.446) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 6. Juni 2017.
-

Wurde die Publikation von wissenschaftlichen Studien, die der Energiestrategie 2050 widersprechen, mysteriöserweise auf nach der Abstimmung verschoben?

- Interpellation (17.3404) von Nationalrat Lorenzo Quadri (SVP).
Eingereicht am 8. Juni 2017.
-

Euratom. Ein Milliardengrab?

- Interpellation (17.3410) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 8. Juni 2017.
-

Die Schweiz muss sich so rasch wie möglich wieder am Programm Erasmus+ beteiligen können

- Motion (17.3416) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 8. Juni 2017.
-

Stand Verhältnis Schweiz-EU. Blockierte Anpassung bestehender Abkommen

- Interpellation (17.3440) von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP).
Eingereicht am 13. Juni 2017.
-

BLW und Bafu und die Eawag. Nicht-repräsentative Studie zur Verteidigung der eigenen Vorschläge?

- Interpellation (17.3445) von Nationalrat Hansjörg Walter (SVP).
Eingereicht am 14. Juni 2017.
-

Begleitung von minderjährigen Flüchtlingen bei der Ausbildung auf Sekundarstufe II

- Interpellation (17.3447) von Nationalrat Jacques-André Maire (SP).
Eingereicht am 14. Juni 2017.
-

Berücksichtigung des Aufwandes der Digitalisierung in der BFI-Botschaft

- Interpellation (17.3488) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).
Eingereicht am 15. Juni 2017.
-

Öffentlich-private Partnerschaft für zukünftige Infrastrukturinvestitionen

- Postulat (17.3527) der CVP-Fraktion.
Eingereicht am 15. Juni 2017.
-

Stärkung der Informatikausbildung in der Schweiz

- Interpellation (17.3533) von Nationalrat Franz Grüter (SVP).
Eingereicht am 15. Juni 2017.
-

Handlungsbedarf bei Tierversuchen. Förderung des 3R-Prinzips durch den SNF

- Interpellation (17.3545) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 15. Juni 2017.
-

Schluss mit der Blackbox bei den Kosten der universitären Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten!

- Interpellation (17.3509) von Ständerätin Anita Fetz (SP).
Eingereicht am 15. Juni 2017.
-

Ein attraktiver Forschungsplatz dank Start-up-Visa für Gründer

- Motion (17.3578) von Nationalrat Martin Bäumle (GLP).
Eingereicht am 16. Juni 2017.
-

Steuerliche Belastung aufgrund von Mitarbeiterbeteiligungen bei Start-ups und Familienunternehmen deutlich reduzieren

- Parlamentarische Initiative (17.456) von Ständerat Ruedi Noser (FDP).
Eingereicht am 15. Juni 2017.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

20. Juni 2017
